

Bundesgesetzblatt¹

Teil II

G 1998

2000

Ausgegeben zu Bonn am 12. Januar 2000

Nr. 1

Tag	Inhalt	Seite
22. 12. 99	Verordnung zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung	2
22. 12. 99	Verordnung zu der Vereinbarung vom 21. April 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über die Kostenerstattung im Bereich der sozialen Sicherheit	6
22. 12. 99	Verordnung zu dem Abkommen vom 28. Mai 1999 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Norwegen über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit sowie der Kosten für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen	9
12. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzabkommens zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr	11
12. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung und des Protokolls vom 28. September 1984 hierzu betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)	12
12. 11. 99	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderung von 1997 des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	13
12. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung einer Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN)	14
15. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren	14
16. 11. 99	Bekanntmachung zu dem deutsch-belgischen Vertrag über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen	15
16. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf	15
17. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen)	16
17. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen	16
17. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	17
17. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über die Vorrechte und Befreiungen der Internationalen Atomenergie-Organisation	17
18. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Zivilprozess	18
18. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über sichere Container	19
18. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters sowie des Protokolls zu diesem Abkommen	19
18. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966	20

Fortsetzung nächste Seite

Tag	Inhalt	Seite
18. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See	20
18. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	21
22. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	21
22. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die biologische Vielfalt	22
22. 11. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen	22
6. 12. 99	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens von 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Übereinkommen)	23
8. 12. 99	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung	24

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 10. Februar 1998
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Portugiesischen Republik
über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung**

Vom 22. Dezember 1999

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 2, 5, 28, 29 und 34 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. I S. 1177), zuletzt geändert durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512), verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Artikel 1

Das in Lissabon am 10. Februar 1998 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Portugiesischen Republik über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 1 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 2 außer Kraft tritt.

(3) Die Tage des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 22. Dezember 1999

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Portugiesischen Republik
über die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen der Krankenversicherung

Convenção
entre o Governo da República Federal da Alemanha
e o Governo da República Portuguesa
relativa ao reembolso de despesas com prestações em espécie do seguro de doença

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Portugiesischen Republik –

in dem Wunsch, in Abweichung von Artikel 94 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer, auf Selbständige und auf deren Familien, welche innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, die von den deutschen Krankenkassen an die in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen der Versicherten portugiesischer Träger gewährten Sachleistungen nach den im Einzelfall entstandenen tatsächlichen Aufwendungen abzurechnen,

in dem Wunsch, das Verfahren zur Erfassung der in der Portugiesischen Republik lebenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen von portugiesischen Arbeitnehmern, die in der Bundesrepublik Deutschland versichert sind, durch die deutsche Krankenversicherung zu vereinfachen, sowie die Abrechnung und Zahlung der Beträge zu beschleunigen, welche von den portugiesischen Trägern der Krankenversicherung für die vorgenannten Familienangehörigen aufgewandt wurden und von den deutschen Krankenversicherungsträgern zu erstatten sind,

im Hinblick darauf, daß in den nach tatsächlichem Aufwand abzurechnenden Leistungsfällen die Kosten der gewährten Arznei nicht oder nur schwer in der im Einzelfall entstehenden tatsächlichen Höhe festgestellt werden können,

in dem Wunsch, die Ermittlung der Kosten bei kontrollärztlichen Untersuchungen zu vereinfachen,

gestützt auf Artikel 36 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 in Verbindung mit Artikel 94 Absatz 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Hat ein Träger der deutschen Krankenversicherung für die in Artikel 19 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 bezeichneten, in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen Sachleistungen erbracht, so werden die gemäß Artikel 36 dieser Verordnung zu erstattenden Beträge für diese Aufwendungen in entsprechender Anwendung des Artikels 93 Absätze 1, 4 und 6 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 in Abweichung von Artikel 94 Absätze 1 bis 5 dieser Verordnung bestimmt.

O Governo da República Federal da Alemanha
e
o Governo da República Portuguesa –

desejando, contrariamente ao disposto no artigo 94º do Regulamento (CEE) nº 574/72 do Conselho, de 21 de Março de 1972, que estabelece as modalidades de aplicação do Regulamento (CEE) nº 1408/71 relativo à aplicação dos regimes de segurança social aos trabalhadores assalariados, aos trabalhadores não assalariados e aos membros da sua família que se deslocam no interior da Comunidade, que o reembolso das despesas com as prestações em espécie concedidas por caixas alemãs do seguro de doença a membros da família, residentes na República Federal da Alemanha, de segurados em instituições portuguesas, seja efectuado com base nas despesas efectivas relativamente a cada caso;

desejando simplificar o processo de inventário dos membros da família com direito a prestações, residentes na República Portuguesa, de trabalhadores portugueses segurados na República Federal da Alemanha pelo seguro alemão de doença, bem como acelerar o apuramento e o pagamento dos montantes despendidos com esses membros da família pelas instituições portuguesas do seguro de doença e a reembolsar pelas instituições alemãs do seguro de doença;

considerando que, nos casos de concessão de prestações cujo apuramento seja efectuado com base em despesas efectivas, a determinação dos montantes reais das despesas com medicamentos se apresenta difícil ou mesmo impossível;

desejando simplificar o processo de verificação das despesas efectuadas com os exames médicos de controlo;

ao abrigo do nº 3 do artigo 36º do Regulamento (CEE) nº 1408/71 conjugado com o nº 6 do artigo 94º do Regulamento (CEE) nº 574/72 do Conselho, de 21 de Março de 1972 –

acordaram no seguinte:

Artigo 1º

Se uma instituição do seguro alemão de doença tiver concedido prestações em espécie aos membros da família mencionados no nº 2 do artigo 19º do Regulamento (CEE) nº 1408/71 do Conselho, de 14 de Junho de 1971, residentes na República Federal da Alemanha, os montantes relativos a essas despesas, a reembolsar nos termos do artigo 36º desse Regulamento, serão determinados segundo as modalidades previstas nos nºs 1, 4 e 6 do artigo 93º do Regulamento nº 574/72 do Conselho, de 21 de Março de 1972, e não segundo as previstas nos nºs 1 a 5 do artigo 94º desse Regulamento.

Artikel 2

(1) Für die Eintragung beim Wohnortträger in der Portugiesischen Republik hinsichtlich der dort wohnenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen der bei deutschen Krankenkassen versicherten Arbeitnehmer und Selbständigen gemäß Artikel 17 Absätze 1 bis 4 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 und für die Führung der Verzeichnisse gemäß Artikel 94 Absatz 4 dieser Verordnung wird wie folgt verfahren:

(2) Der deutsche zuständige Krankenversicherungsträger übersendet dem Departamento de Relações Internacionais e Convenções de Segurança Social in Lissabon eine Bescheinigung zur Eintragung der Familienangehörigen des Versicherten und für die Führung der Verzeichnisse in zweifacher Ausfertigung, sobald er vom Versicherten von der Anschrift seiner in der Portugiesischen Republik wohnenden Familienangehörigen unterrichtet wurde; ein weiteres Exemplar der Bescheinigung erhält der Versicherte.

Artikel 3

Binnen drei Monaten nach Veröffentlichung der Pauschbeträge für das betreffende Abrechnungsjahr im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften übermitteln die deutschen zuständigen Krankenversicherungsträger der deutschen Verbindungsstelle in jeweils doppelter Ausfertigung ein Verzeichnis der Versicherten, deren anspruchsberechtigte Familienangehörige in dem betreffenden Kalenderjahr in der Portugiesischen Republik wohnten. Zugleich überweisen die deutschen Krankenversicherungsträger der deutschen Verbindungsstelle die sich aus den Abrechnungsunterlagen ergebenden Gesamtbeträge.

Artikel 4

Die deutsche Verbindungsstelle übersendet der portugiesischen Verbindungsstelle binnen zwei Monaten nach Ablauf der in Artikel 3 genannten Frist eine Ausfertigung des dort genannten Verzeichnisses. Sie fügt eine Gesamtaufstellung bei und überweist zugleich den sich daraus ergebenden Gesamtbetrag an die portugiesische Verbindungsstelle.

Artikel 5

Die portugiesische Verbindungsstelle teilt der deutschen Verbindungsstelle innerhalb eines Jahres nach Empfang der in Artikel 3 genannten Abrechnungsunterlagen etwaige Beanstandungen in im einzelnen zu bezeichnenden Fällen und für jeden in Betracht kommenden deutschen Träger mit.

Artikel 6

Die Verbindungsstellen für die Krankenversicherung vereinbaren die zur Anwendung dieses Abkommens erforderlichen Vordrucke.

Artikel 7

(1) Abweichend von Artikel 93 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 werden die von den portugiesischen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für Arzneimittel von den aushelfenden deutschen Trägern der Krankenversicherung für die Zeit bis 31. Dezember 1995 in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die zwischen den deutschen Trägern im Falle der Leistungsaushilfe zur Anwendung kommen.

(2) Abweichend von Artikel 93 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 werden die von den deutschen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für Arzneimittel von den aushelfenden portugiesischen Trägern der Krankenversicherung auf der Grundlage eines für jedes Kalenderjahr von den zuständigen portugiesischen Stellen nach Maßgabe einer vorherigen Vereinbarung zwischen der deutschen und der portugiesischen Verbindungsstelle festzulegenden Pauschalsatzes in Rechnung gestellt.

Artigo 2º

1. Para efeitos da inscrição na instituição do lugar de residência dos membros da família com direito a prestações, residentes na República Portuguesa, de trabalhadores assalariados e não assalariados segurados em caixas alemãs de doença, em conformidade com os n.ºs 1 a 4 do artigo 17º do Regulamento (CEE) nº 574/72 e para elaboração do inventário nos termos do nº 4 do artigo 94º desse Regulamento, proceder-se-á do seguinte modo:

2. A instituição alemã competente para o seguro de doença, logo que o segurado comunique a morada dos familiares residentes na República Portuguesa, envia, para efeitos de inscrição dos membros da sua família e elaboração do inventário, um atestado em duplicado ao Departamento de Relações Internacionais de Segurança Social em Lisboa e outro exemplar ao segurado.

Artigo 3º

Após a publicação no Jornal Oficial das Comunidades Europeias dos montantes fixos relativos ao ano em apuramento, as instituições alemãs competentes para o seguro de doença enviam, no prazo de três meses, ao organismo de ligação alemão uma relação, em duplicado, dos segurados cujos membros da família com direito a prestações residiram em Portugal naquele ano. Simultaneamente, as instituições alemãs do seguro de doença transferem para o organismo de ligação alemão os montantes globais que resultam dos documentos que serviram de base ao apuramento de contas.

Artigo 4º

O organismo de ligação alemão envia ao organismo de ligação português, nos dois meses subsequentes ao termo do prazo referido no artigo 3º, um exemplar da relação mencionada nesse artigo, anexando uma relação global e transferindo simultaneamente o montante global que resulta dessa relação para o organismo de ligação português.

Artigo 5º

No prazo de um ano após a recepção dos documentos do apuramento de contas referidos no artigo 3º, o organismo de ligação português comunica ao organismo de ligação alemão eventuais objecções especificando, por cada instituição alemã em causa, os respectivos casos individuais.

Artigo 6º

Os organismos de ligação do seguro de doença estabelecem os formulários necessários à aplicação da presente Convenção.

Artigo 7º

1. Contrariamente ao disposto no nº 1 do artigo 93º do Regulamento (CEE) nº 574/72, os montantes a reembolsar, até 31 de Dezembro de 1995, pelas instituições portuguesas do seguro de doença relativamente a medicamentos são debitados pelas instituições alemãs do seguro de doença que intervieram na concessão das prestações no montante correspondente às tarifas em vigor entre as instituições alemãs em casos de auxílio mútuo na concessão de prestações.

2. Contrariamente ao disposto no nº 1 do artigo 93º do Regulamento (CEE) nº 574/72, os montantes a reembolsar pelas instituições alemãs do seguro de doença, relativamente a medicamentos, são debitados pelas instituições portuguesas do seguro de doença que intervieram na concessão das prestações, na base de um montante fixo a estabelecer, relativamente a cada ano, pelas autoridades competentes portuguesas, de harmonia com um acordo prévio entre o organismo de ligação português e o organismo de ligação alemão.

(3) Bis zum Abschluß einer solchen Vereinbarung erfolgen die Erstattungen gemäß Artikel 93 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72.

Artikel 8

Abweichend von Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 werden die von den portugiesischen Trägern der Krankenversicherung zu erstattenden Beträge für kontrollärztliche Untersuchungen von den aus Helfenden deutschen Trägern der Krankenversicherung in Höhe der Pauschalsätze in Rechnung gestellt, die innerstaatlich in Untersuchungsfällen Dritten berechnet werden.

Artikel 9

(1) Dieses Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Dauer eines Jahres. Seine Geltungsdauer verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, sofern es nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Lissabon am 10. Februar 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

3. No entanto, enquanto não se chegar a esse acordo, aqueles reembolsos são efectuados nos termos do nº 1 do artigo 93º do Regulamento (CEE) nº 574/72.

Artigo 8º

Contrariamente ao disposto no nº 1 do artigo 105º do Regulamento (CEE) nº 574/72, os montantes a reembolsar por instituições portuguesas do seguro de doença, relativamente a exames médicos de controlo, serão debitados pelas instituições alemãs do seguro de doença que os efectuaram no montante correspondente às tarifas aplicadas internamente em relação a exames médicos efectuados a terceiros.

Artigo 9º

1. A presente Convenção entrará em vigor, com efeitos a partir de 1 de Janeiro de 1986, logo que as Partes Contratantes se tenham reciprocamente notificado de que se acham cumpridos os pressupostos exigidos pela respectiva ordem interna em vigor. O dia em que for recebida a última notificação é considerado o da entrada em vigor.

2. A presente Convenção vigorará pelo período de um ano, o qual pode ser renovado por iguais períodos, desde que não seja denunciada, por escrito, por uma das Partes Contratantes, pelo menos três meses antes do termo do respectivo período de aplicação.

Feito em Lisboa, no dia 10 de Fevereiro de 1998 em dois originais, cada um em português e em alemão, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pelo Governo da República Federal da Alemanha
Sabine Vollmar-Libal

Für die Regierung der Portugiesischen Republik
Pelo Governo da República Portuguesa
José Lello

**Verordnung
zu der Vereinbarung vom 21. April 1999
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Österreich
über die Kostenerstattung im Bereich der sozialen Sicherheit**

Vom 22. Dezember 1999

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 2, 5, 28, 29 und 34 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. I S. 1177), zuletzt geändert durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512), verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Artikel 1

Die in Bonn am 21. April 1999 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über die Kostenerstattung im Bereich der sozialen Sicherheit wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 7 Abs. 1 in Kraft tritt.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 8 außer Kraft tritt.
- (3) Die Tage des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 22. Dezember 1999

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Österreich
über die Kostenerstattung im Bereich der sozialen Sicherheit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Österreich
diese vertreten durch
die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales und
den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie –

unter Bezugnahme auf Artikel 36 Absatz 3 und Artikel 63 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und auf Artikel 105 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72,

in der Erwägung, die Abrechnung zwischen den beiden Vertragsparteien zu vereinfachen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) In dieser Vereinbarung bedeuten die Ausdrücke

1. „Verordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsparteien jeweils geltenden Fassung;

2. „Durchführungsverordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsparteien jeweils geltenden Fassung.

(2) In dieser Vereinbarung haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach der Verordnung und der Durchführungsverordnung oder, soweit diese nichts anderes bestimmen, den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

(1) Abweichend von Artikel 93 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige deutsche Träger die Kosten der Sachleistungen, die

- a) den in Österreich wohnenden Rentenantragstellern und deren Familienangehörigen nach Artikel 26 der Verordnung gewährt werden, auf der Grundlage des Pauschbetrages nach Artikel 95 der Durchführungsverordnung,
- b) den in Österreich wohnenden Familienangehörigen eines Arbeitslosen, der nicht in Österreich wohnt, nach Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung gewährt werden, auf der Grundlage des Pauschbetrages nach Artikel 94 der Durchführungsverordnung.

(2) Abweichend von Artikel 93 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige österreichische Träger die Kosten der Sachleistungen, die den in Deutschland wohnenden Familienangehörigen eines Arbeitslosen, der nicht in Deutschland wohnt, nach Artikel 25 Absatz 3 der Verordnung gewährt werden, auf der Grundlage des Pauschbetrages nach Artikel 94 der Durchführungsverordnung.

Artikel 3

Abweichend von Artikel 94 der Durchführungsverordnung erstattet der zuständige österreichische Träger die Kosten für Sachleistungen, die aufgrund des Artikels 19 Absatz 2 der Verordnung den in Deutschland wohnenden Familienangehörigen erbracht werden, auf der Grundlage eines Pauschbetrages in Höhe von 80 vom Hundert der Jahresdurchschnittskosten je Person.

Artikel 4

(1) In Bezug auf die Gewährung von Familienleistungen wird auf die Erstattung der in Artikel 105 Absatz 1 der Durchführungsverordnung genannten Kosten der verwaltungsmäßigen und ärztlichen Kontrolle zwischen den beiden Vertragsparteien verzichtet.

(2) Der zuständige österreichische Träger erstattet bei kontrollärztlicher Untersuchung nach Artikel 18 der Durchführungsverordnung in Deutschland für jede kontrollärztliche Untersuchung den Betrag, der innerstaatlich in Fremduntersuchungsfällen Dritten berechnet wird.

Artikel 5

Abweichend von Artikel 102 Absatz 2 der Durchführungsverordnung in Verbindung mit Anhang 10 zur Durchführungsverordnung werden bei Anwendung der Artikel 36 und 63 der Verordnung die Aufwendungen für Grenzgänger und ihre Familienangehörigen unmittelbar zwischen den beteiligten Trägern abgerechnet.

Artikel 6

In Fällen, in denen nach Artikel 2 eine Erstattung durch Pauschbeträge anstelle der nach Artikel 93 der Durchführungsverordnung vorgesehenen Erstattung in Höhe des tatsächlichen Betrages festgelegt ist, gilt der Träger des Wohnortes der in Betracht kommenden Person hinsichtlich dieser Person als zuständiger Träger.

Artikel 7

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den zuständigen Behörden der Republik Österreich mitgeteilt hat, dass die nach deutschem Recht erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, wird sie ab dem 1. Januar 1994 angewendet. Soweit vor dem Inkrafttreten

dieser Vereinbarung eine Kostenerstattung nach den Artikeln 93 bis 96 der Durchführungsverordnung durchgeführt worden ist, hat es dabei sein Bewenden.

(2) Für die Erstattung der Kosten der Anstaltspflege in Österreich im Zeitraum vom 1. Januar 1994 bis zum 31. Dezember 1996 gilt die Vereinbarung vom 19. September 1990 zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales der Republik Österreich über die Erstattung von Kosten der Anstaltspflege in Fällen der Leistungsaushilfe in Österreich durch Pauschalzahlungen entsprechend.

(3) Abweichend von Artikel 93 der Durchführungsverordnung stellt der Träger der Krankenversicherung des Aufenthalts- oder Wohnortes für Verrechnungsfälle bis zum 31. Dezember 1995, in denen nach Artikel 2 keine Kostenerstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrages vorgesehen ist, dem zuständigen Träger die Kosten für gewährte Heilmittel (Arzneien) nach den

den Durchschnittskosten je Behandlungsfall entsprechenden Pauschbeträgen in Rechnung, die jeweils innerstaatlich für die Leistungsaushilfe der Träger der Krankenversicherung untereinander gelten. Für die durch einen österreichischen Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes gewährten Sachleistungen gilt Satz 1 auch für Verrechnungsfälle ab dem 1. Januar 1996 bis zum 31. Dezember 1997.

(4) Im Falle des Artikels 26 der Verordnung gilt Artikel 6 dieser Vereinbarung auch für Familienangehörige, die außerhalb Österreichs wohnen, sofern nach Artikel 95 der Durchführungsverordnung noch eine Familienpauschale zu zahlen ist.

Artikel 8

Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann sie unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

Geschehen zu Bonn am 21. April 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
G. Westdickenberg

Für die Regierung der Republik Österreich
Lutterotti

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 28. Mai 1999
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Norwegen
über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen
bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit
sowie der Kosten für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen**

Vom 22. Dezember 1999

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 2, 5, 28, 29 und 34 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. I S. 1177), zuletzt geändert durch Artikel 106 des EWR-Ausführungsgesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512), verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Artikel 1

Das in Oslo am 28. Mai 1999 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Norwegen über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit sowie der Kosten für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 2 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 3 außer Kraft tritt.

(3) Die Tage des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 22. Dezember 1999

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreichs Norwegen
über den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen
bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit
sowie der Kosten für verwaltungsmäßige und ärztliche Kontrollen

Overenskomst
mellom Regjeringen i Forbundsrepublikken Tyskland
og Regjeringen i Kongeriket Norge
om avkall på refusjon av utgifter til naturalytelser tilstått
ved sykdom, svangerskap og fødsel, yrkesskade og yrkessykdom
og for utgifter til administrativ og medisinsk kontroll

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung des Königreichs Norwegen –

Regjeringen i Forbundsrepublikken Tyskland
 og
 Regjeringen i Kongeriket Norge –

in Anwendung des Artikels 36 Absatz 3, des Artikels 63 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und des Artikels 105 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 –

har ved anvendelse av artiklene 36 nr. 3 og 63 nr. 3 i Rådsforordning (EØF) nr. 1408/71 av 14. juni 1971 om anvendelse av trygdeordninger på arbeidstakere, selvstendig næringsdrivende og deres familiemedlemmer som flytter innenfor Felleskapet, og artikkel 105 nr. 2 i Rådsforordning (EØF) nr. 574/72 av 21. mars 1972 om gjennomføring av forordning nr. 1408/71 –

sind wie folgt übereingekommen:

blitt enige om følgende:

Artikel 1

(1) Auf die Erstattung von Aufwendungen für Sachleistungen bei Krankheit, Mutterschaft, Arbeitsunfall und Berufskrankheit nach Artikel 36 Absatz 1 und Artikel 63 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 sowie der Kosten für die verwaltungsmäßigen und ärztlichen Kontrollen nach Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 zwischen den zuständigen Trägern der Vertragsparteien wird gegenseitig verzichtet.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Personen, die sich deshalb in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei begeben, um dort Sachleistungen gemäß Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 31 oder Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 zu erhalten.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden im Fall von Dialysebehandlung, die nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 gewährt wird.

(4) Absatz 1 gilt nicht für Leistungen nach dem deutschen Pflegeversicherungsgesetz vom 26. Mai 1994 und nach dem norwegischen Gesetz Nr. 66 über die kommunale Gesundheitsversorgung vom 19. November 1982 § 1–3, Absatz 2, Nummer 5 betreffend Pflegeheime und Formen der Unterbringung zur Vollzeitbetreuung und -pflege. Diese Leistungen sind nach Artikel 93 Verordnung (EWG) Nr. 574/72 zu erstatten.

Artikel 2

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung des Königreichs Norwegen und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sich gegenseitig schriftlich mitgeteilt

Artikkel 1

(1) Refusjon av utgifter til naturalytelser ved sykdom, svangerskap og fødsel, yrkesskade og yrkessykdom etter forordning (EØF) nr. 1408/71 artikkel 36 nr. 1 og artikkel 63 nr. 1 og av utgifter til administrativ og medisinsk kontroll etter forordning (EØF) nr. 574/72 artikkel 105 nr. 1, skal ikke finne sted mellom de kontraherende parter kompetente institusjoner.

(2) Nr. 1 får ikke anvendelse i tilfeller hvor en person reiser til territoriet til den annen kontraherende part i den hensikt å motta naturalytelser der etter bestemmelsene i artikkel 22 nr. 1 bokstav c, artikkel 31 eller artikkel 55 nr. 1 bokstav c i forordning (EØF) nr. 1408/71.

(3) Nr. 1 får ikke anvendelse i tilfeller hvor dialysebehandling tilstås etter artikkel 22 nr. 1 bokstav a i forordning (EØF) Nr. 1408/71.

(4) Nr. 1 får ikke anvendelse på ytelser tilstått etter den tyske Lov om pleieforsikring av 26. mai 1994, eller etter den norske Lov om helsetjenesten i kommunene av 19. november 1982 nr. 66 § 1-3 annet ledd nr. 5, for så vidt gjelder sykehjem eller boform for heldøgns omsorg og pleie. Slike utgifter skal refunderes i henhold til artikkel 93 i forordning (EØF) nr. 574/72.

Artikkel 2

Denne overenskomsten trer i kraft på den dag Regjeringen i Kongeriket Norge og Regjeringen i Forbundsrepublikken Tyskland gjensidig har meddelt hverandre skriftlig at de nødvendige

haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Maßgeblich für die Bestimmung des Inkrafttretensdatums ist der Tag des Zugangs der letzten Mitteilung. Die Bestimmungen dieses Abkommens finden ab dem 1. Januar 1994 Anwendung.

nasjonale betingelser for ikrafttreden er oppfylt. Avgjørende for fastsettelsen av ikrafttredelsesdato er mottaksdagen for den siste meddelelsen. Bestemmelsene i overenskomsten får anvendelse fra 1. januar 1994.

Artikel 3

Dieses Abkommen findet auf unbestimmte Zeit Anwendung. Jede Vertragspartei kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen.

Artikkel 3

Overenskomsten får anvendelse på ubestemt tid. Hver kontraherende part kan, med en frist på tre måneder, gjennom diplomatiske kanaler skriftlig si den opp med virkning fra slutten av et kalenderår.

Geschehen zu Oslo am 28. Mai 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und norwegischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Utferdiget i Oslo den 28. mai 1999 i to eksemplarer, på tysk og norsk, som begge har samme gyldighet.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For Regjeringen i Forbundsrepublikken Tyskland
Wilhelm Schürmann

Für die Regierung des Königreichs Norwegen
For Regjeringen i Kongeriket Norge
Bjarne Lindstrøm

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzabkommens zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr

Vom 12. November 1999

Das in Guadalajara am 18. September 1961 unterzeichnete Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr (BGBl. 1963 II S. 1159) wird nach seinem Artikel XIV Abs. 2 für

Kanada am 30. November 1999
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. März 1999 (BGBl. II S. 346).

Bonn, den 12. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
und des Protokolls vom 28. September 1984 hierzu
betreffend die langfristige Finanzierung des Programms
über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen
Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP)**

Vom 12. November 1999

I.

Das Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (BGBl. 1982 II S. 373) wird nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Monaco
in Kraft treten.

am 25. November 1999

II.

Das Protokoll vom 28. September 1984 zum Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die langfristige Finanzierung des Programms über die Zusammenarbeit bei der Messung und Bewertung der weiträumigen Übertragung von luftverunreinigenden Stoffen in Europa (EMEP) – BGBl. 1988 II S. 421 – wird nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für

Monaco
in Kraft treten.

am 25. November 1999

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 30. Juni 1997 (BGBl. II S. 1447) und vom 15. Juli 1999 (BGBl. II S. 714).

Bonn, den 12. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Änderung von 1997 des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 12. November 1999

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 13. Oktober 1998 zu der am 17. September 1997 in Montreal beschlossenen Änderung zum Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (BGBl. 1998 II S. 2690), wird bekannt gemacht, dass die Änderung nach ihrem Artikel 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 10. November 1999
in Kraft getreten ist. Die Ratifikationsurkunde ist am 5. Januar 1999 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Die Änderung ist ferner am 10. November 1999 in Kraft getreten für:

Australien
Bolivien
Chile
Dschibuti
Grenada
Guyana
Jordanien
Kanada
Korea, Republik
Luxemburg
Neuseeland
Norwegen
Panama
Schweden
Senegal
Spanien
St. Kitts und Nevis
Trinidad und Tobago
Ungarn.

Die Änderung wird weiterhin in Kraft treten für:

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am 29. November 1999
Niger	am 6. Januar 2000
Salomonen	am 15. November 1999
Sri Lanka	am 18. November 1999
St. Lucia	am 22. November 1999
Tunesien	am 17. Januar 2000.

Bonn, den 12. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Errichtung einer
Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN)**

Vom 12. November 1999

Das Übereinkommen vom 1. Juli 1953 zur Errichtung einer Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) – BGBl. 1969 II S. 1197, 1213 – ist nach seinem Artikel XVIII Abs. 2 für

Bulgarien am 11. Juni 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. November 1993 (BGBl. II S. 2402).

Bonn, den 12. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags
über die internationale Anerkennung der Hinterlegung
von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren**

Vom 15. November 1999

Der Budapester Vertrag vom 28. April 1977 über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren, geändert am 26. September 1980 (BGBl. 1980 II S. 1104; 1984 II S. 679), ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Rumänien am 25. September 1999
in Kraft getreten und wird für
Irland am 15. Dezember 1999
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 1998 (BGBl. 1999 II S. 13).

Bonn, den 15. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
zu dem deutsch-belgischen Vertrag
über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze
und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen**

Vom 16. November 1999

Der Vertrag vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen (BGBl. 1958 II S. 262), zuletzt geändert durch Verbalnotenwechsel vom 11. Juli/24. Juli 1995, ist auf Grund einer Regierungsvereinbarung durch Verbalnotenwechsel vom 11. Juni/9. September 1999 dahin geändert worden, dass die Anzahl der Besucher, denen als Deportierte oder als Familienangehörige von Deportierten im Sinne des Artikels 11 Abs. 1 des Anhangs 4 zu dem Vertrag die Vergünstigungen des Artikels 12 des Anhangs 4 zugute kommen, für die Jahre 1999, 2001, 2002 und 2003 auf eine Höchstzahl von 70 Personen und für das Jahr 2000 auf eine Höchstzahl von 100 Personen festgelegt wurde.

Bonn, den 16. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens der Vereinten Nationen
über Verträge über den internationalen Warenkauf**

Vom 16. November 1999

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (BGBl. 1989 II S. 586; 1990 II S. 1699) wird nach seinem Artikel 99 Abs. 2 für

Mauretanien am 1. September 2000
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. August 1999 (BGBl. II S. 795).

Bonn, den 16. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder
einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken
(Umweltkriegsübereinkommen)**

Vom 17. November 1999

Das Übereinkommen vom 18. Mai 1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen) – BGBl. 1983 II S. 125 – ist nach seinem Artikel IX Abs. 4 für

Tadschikistan am 12. Oktober 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Juli 1999 (BGBl. II S. 660).

Bonn, den 17. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen**

Vom 17. November 1999

Das Übereinkommen vom 20. Februar 1957 über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen (BGBl. 1973 II S. 1249) wird nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Côte d'Ivoire am 31. Januar 2000
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. August 1999 (BGBl. II S. 804).

Bonn, den 17. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die Arbeit
des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)**

Vom 17. November 1999

Das Europäische Übereinkommen vom 1. Juli 1970 über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) – BGBl. 1974 II S. 1473 – wird nach seinem Artikel 16 Abs. 5 für

Ungarn am 19. April 2000
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Juli 1999 (BGBl. II S. 654).

Bonn, den 17. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Vereinbarung
über die Vorrechte und Befreiungen
der Internationalen Atomenergie-Organisation**

Vom 17. November 1999

I.

Die Vereinbarung vom 1. Juli 1959 über die Vorrechte und Befreiungen der Internationalen Atomenergie-Organisation (BGBl. 1960 II S. 1993, 2108) ist nach ihrem Artikel XII § 38 für

Kuwait am 15. September 1998
in Kraft getreten.

II.

Die Slowakei hat dem Generalsekretär der Internationalen Atomenergie-Organisation am 10. Februar 1993 ihre Rechtsnachfolge zu der Vereinbarung notifiziert. Die Vereinbarung ist für die Slowakei am 27. September 1993 in Kraft getreten, dem Tag des Inkrafttretens der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation für die Slowakei (vgl. die Bekanntmachung vom 20. April 1995, BGBl. II S. 395).

Die Slowakei hat dem Generalsekretär der Internationalen Atomenergie-Organisation am 28. Mai 1998 die Rücknahme des von der Tschechoslowakei zu Artikel VIII § 26 und Artikel X § 34 der Vereinbarung angebrachten Vorbehalts (vgl. die Bekanntmachung vom 13. Mai 1968, BGBl. II S. 527) notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Juni 1993 (BGBl. II S. 935).

Bonn, den 17. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Haager Übereinkommens über den Zivilprozess**

Vom 18. November 1999

Die Ukraine hat dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande in seiner Eigenschaft als Verwahrer des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozess (BGBl. 1958 II S. 576) notifiziert, dass sie sich als eine der Rechtsnachfolger der ehemaligen Sowjetunion mit Wirkung vom 24. August 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

Die Ukraine hat ferner folgende Erklärung in Bezug auf die Artikel 1, 6, 9 und 15 des Übereinkommens abgegeben:

(Übersetzung)

“... to confirm that in accordance with the procedure existing in Ukraine legal documents issued by foreign law authorities and intended for delivery to persons residing on the territory of Ukraine, as well as legal instructions of the above-mentioned law authorities should be forwarded for execution to the relevant Ukrainian institutions by diplomatic channels through the Ministry of Foreign Affairs of Ukraine. This procedure shall, by no means, prevent diplomatic and consular missions of foreign countries in Ukraine from presenting documents to citizens of the countries represented by these missions in accordance with provisions of the last paragraph of Article 6 of the Convention.”

„... zu bestätigen, dass im Einklang mit dem in der Ukraine bestehenden Verfahren von ausländischen Justizbehörden ausgestellte und für die Zustellung an Personen mit Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Ukraine bestimmte gerichtliche Schriftstücke sowie gerichtliche Anordnungen der genannten Justizbehörden den zuständigen ukrainischen Stellen auf diplomatischem Wege durch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine zur Erledigung übermittelt werden sollen. Dieses Verfahren schließt es nicht aus, dass diplomatische und konsularische Missionen fremder Staaten in der Ukraine Angehörigen der von diesen Missionen vertretenen Staaten im Einklang mit Artikel 6 Absatz 2 des Übereinkommens Schriftstücke übermitteln.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Juli 1997 (BGBl. II S. 1521).

Bonn, den 18. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens über sichere Container**

Vom 18. November 1999

Das Internationale Übereinkommen vom 2. Dezember 1972 über sichere Container (CSC) – BGBl. 1985 II S. 1009; 1993 II S. 754 – wird nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Bolivien am 4. Juni 2000
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Februar 1999 (BGBl. II S. 235).

Bonn, den 18. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Einfuhr von Gegenständen
erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters
sowie des Protokolls zu diesem Abkommen**

Vom 18. November 1999

I.

Das Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1957 II S. 170) ist nach seinem Artikel X für

Uruguay am 20. April 1999
in Kraft getreten.

II.

Das Protokoll vom 26. November 1976 zu dem Abkommen vom 22. November 1950 über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters (BGBl. 1989 II S. 490) ist nach seinem Teil VIII Abs. 17 Buchstabe b für

Uruguay am 20. Oktober 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 13. August 1999 (BGBl. II S. 800) und vom 30. Juni 1999 (BGBl. II S. 605).

Bonn, den 18. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966**

Vom 18. November 1999

Das Internationale Freibord-Übereinkommen vom 5. April 1966 (BGBl. 1969 II S. 249; 1977 II S. 164) ist nach seinem Artikel 28 Abs. 3 für

Bolivien am 4. September 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. Februar 1999 (BGBl. II S. 288).

Bonn, den 18. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1972 über die
Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See**

Vom 18. November 1999

I.

Das Übereinkommen vom 20. Oktober 1972 über die Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (BGBl. 1976 II S. 1017; 1983 II S. 303; 1989 II S. 541; 1991 II S. 627) ist nach seinem Artikel IV Abs. 3 für

Bolivien am 4. Juni 1999
in Kraft getreten.

II.

Portugal hat dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation am 22. März 1999 die am gleichen Tage wirksam gewordene Erstreckung des Übereinkommens auf Macau notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. Februar 1999 (BGBl. II S. 288).

Bonn, den 18. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 18. November 1999

Das Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434; 1971 II S. 1377; 1978 II S. 1445; 1983 II S. 576; 1984 II S. 938; 1986 II S. 1141; 1989 II S. 70; 1993 II S. 170) ist nach seinem Artikel XI für

Bolivien am 21. Juni 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. Februar 1999 (BGBl. II S. 234).

Bonn, den 18. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Basler Übereinkommens
über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung
gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung**

Vom 22. November 1999

Das Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. 1994 II S. 2703) wird nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Armenien	am 30. Dezember 1999
Ukraine	am 6. Januar 2000.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. September 1999 (BGBl. II S. 1006).

Bonn, den 22. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die biologische Vielfalt**

Vom 22. November 1999

Das Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741) wird nach seinem Artikel 36 Abs. 3 für

São Tomé und Príncipe am 28. Dezember 1999
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. September 1999 (BGBl. II S. 979).

Bonn, den 22. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Verhütung der Meeresverschmutzung
durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen**

Vom 22. November 1999

Portugal hat der Regierung des Vereinigten Königreichs als einem der Verwahrer des Übereinkommens vom 29. Dezember 1972 über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen (BGBl. 1977 II S. 165, 180), die Erstreckung des Übereinkommens auf Macau notifiziert. Die Erstreckung auf Macau ist am 12. Mai 1999 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. September 1999 (BGBl. II S. 953).

Bonn, den 22. November 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Übereinkommens von 1992
über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets
(Helsinki-Übereinkommen)**

Vom 6. Dezember 1999

I.

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. August 1994 zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355) wird bekannt gemacht, dass das am 9. April 1992 unterzeichnete Übereinkommen von 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (Helsinki-Übereinkommen) nach seinem Artikel 36 für die

Bundesrepublik Deutschland am 17. Januar 2000
in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunde ist am 11. November 1994 bei der Regierung von Finnland hinterlegt worden.

Das Übereinkommen wird ferner am 17. Januar 2000 für die nachstehend genannten anderen Vertragsparteien in Kraft treten:

Europäische Gemeinschaft
Dänemark
Estland
Finnland
Lettland
Litauen
Polen
Schweden.

II.

Mit Inkrafttreten des Übereinkommens von 1992 tritt das Übereinkommen vom 22. März 1974 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets (BGBl. 1979 II S. 1229, 1992 II S. 502) am 17. Januar 2000 außer Kraft.

Berlin, den 6. Dezember 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1999 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum
für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung**

Vom 8. Dezember 1999

I.

Das Übereinkommen vom 2. Februar 1971 über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung (BGBl. 1976 II S. 1265) ist in der durch das Protokoll vom 3. Dezember 1982 (BGBl. 1990 II S. 1670) geänderten Fassung nach seinem Artikel 10 Abs. 2 in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 3 des Änderungsprotokolls für

Kambodscha am 23. Oktober 1999
in Kraft getreten.

II.

Die Änderungen von 1987 des vorgenannten Übereinkommens (BGBl. 1995 II S. 218) sind nach seinem Artikel 10^{bis} Abs. 6 für

Kambodscha am 23. Oktober 1999
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Mai 1999 (BGBl. II S. 470).

Bonn, den 8. Dezember 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger